# Kandidaten suchen den Schlagabtausch

## Parteien und Gruppierungen stellen sich vor der Kommunalwahl der Diskussion beim Presseclub

*Von unserem Redaktionsmitglied*
*Michael Rudolphi*

**Baden-Baden.** Wenn die Prognosen der acht Parteien und Gruppierungen, die bei der Kommunalwahl antreten, zutreffen, müsste die Zahl der Sitze im Gemeinderat von jetzt 40 auf dann 56 steigen. Bei der Diskussionsrunde des Presseclubs Baden-Baden im Löwensaal durften die auf dem Podium vertretenen Kandidaten ihre Erwartungen äußern, wie ihre Partei denn abschneiden würde. Das Ergebnis war wenig überraschend: Die Parteien, die bereits im Gemeinderat sind, wollen mindestens ihre Sitze halten, womöglich noch zulegen. Und die Parteien, die wie Die Linke oder die AfD sich neu bewerben, wollen mindestens in Fraktionsstärke in das Gremium einziehen.

Ob das so kommen wird, werden die Wähler am Sonntag, 26. Mai, bestimmen. Um diese Entscheidung zu erleichtern, bietet der Presseclub den Parteien vor der Wahl traditionell ein Forum, sich zu präsentieren und den Fragen der Moderatoren Karin Triesch und Jan-Michael Meinecke und des Publikums zu stellen.

Los ging's mit einem kurzen Statement jedes Kandidaten. Die Linke steht Michael Zeyer zufolge für eine ökologische und soziale Kommune mit kostenfreien Kitas und kostenfreiem ÖPNV. Rolf Pilarski (FDP) warb für eine Verwaltung mit möglichst wenig Bürokratie und Augenmaß bei künftigen Investitionen. Kurt Hochstuhl (SPD) plädierte für eine soziale Stadt, die vor allem diejenigen einfangen müsse, die sich bedroht fühlten. Beate Böhlen (Grüne) machte sich stark für einen größeren Anteil der Bio-Landwirtschaft und sprach sich für ein umfassendes Kinder-Betreuungsangebot aus.

Die CDU hat Ansgar Gernsbeck zufolge zum ersten Mal ein Programm von Bürgern für Bürger über alle Stadtteile hinweg konzipiert. Nach Ansicht von Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) sollte die Stadt auf dem bisher eingeschlagenen Weg weitergehen. Martin Ernst (Freie Bürger für Baden-Baden) forderte ein neues Verkehrs- und Wohnungskonzept sowie den Stopp weiterer Verschuldung. Alexander Arpaschi (AfD) monierte, Baden-Baden fehle die große Linie, wohin sie sich künftig entwickeln wolle.

Ein Schlagabtausch entwickelte sich beim Thema Schuldenstand. Martin Ernst pochte mit Unterstützung von Alexander Arpaschi darauf, dass die Stadt mit 155 Millionen Euro verschuldet sei. Die Kandidaten der bereits im Gemeinderat vertretenen Parteien verwiesen darauf, dass es wichtig sei, zwischen dem städtischen Kernhaushalt und den Etats der Stadtwerke und des Eigenbetriebs Umwelttechnik zu unterscheiden. Der kommunale Haushalt weise Verbindlichkeiten von 13 Millionen auf, denen ein Guthaben von 49 Millionen Euro gegenüberstehe.

Differenzen gab es auch beim Thema Wohnungsbau. Die Linke fordert, die Stadt solle privaten Wohnraum zurückkaufen und ihn zu bezahlbaren Preisen vermieten. CDU, SPD und FW warben dafür, weitere Baugebiete zu erschließen. Die Grünen wollen bei Bebauungsplänen 20 bis 30 Prozent sozialen Wohnungsbau festschreiben. Nach Ansicht der FBB hätte die Stadt das SWR-Areal kaufen müssen, um dort bezahlbare Wohnungen zu schaffen.

Die Pläne für die Stadtbahn in die Innenstadt finden bei den Kandidaten kaum noch Befürworter. Linke und SPD wollen einen kostenfreien ÖPNV, die Grünen fordern die Einführung der Konus-Karte. CDU, FDP und FBB sowie die AfD wollen über neue Verkehrskonzepte nachdenken, um die teilweise schwierige Situation in der Tallage in den Griff zu bekommen. ■ Seite 21

*AUF DEM PODIUM: Kandidaten der Parteien und Gruppierungen stellten sich den Fragen von Karin Triesch und Jan-Michael Meinecke (Mitte): Michaela Zeyer (Linke), Rolf Pilarski (FDP), Kurt Hochstuhl (SPD), Beate Böhlen (Grüne), Ansgar Gernsbeck (CDU), Hans-Peter Ehinger (FW), Martin Ernst (FBB) und Alexander Arpaschi (AfD) (von links). Foto: Rudolphi*